



13/SN-39/ME

# ÖSTERREICHISCHER RECHTSANWALTSKAMMERTAG

1010 WIEN, ROTENTURMSTRASSE 13 (ERTLGASSE 2), POSTFACH 612, TELEFON 63 27 18, DW 23

Zl. 272/87

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und SozialesStubenring 1  
1010 Wien

BUNDESGESETZENTWURF	
Zl.	39-GE/987
Datum:	5. NOV. 1987
Vorname:	Kreuz

zu: Zl. 31.400/80-V/3/1987

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeits- und  
Sozialgerichts-Anpassungsgesetz (ASGANpG) geändert wird

H. Hajek

Zum vorliegenden Entwurf erstattet der Österreichische Rechtsanwaltskammertag gemäß § 28 RAO nachstehende

## S t e l l u n g n a h m e

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag spricht sich zwar nicht gegen den Wegfall des Artikels IX aus, verweist aber darauf, daß diese Übergangsbestimmungen offensichtlich bewußt mit 31.12.1987 befristet wurden, weil mit Recht erwartet werden konnte, daß nach Ablauf dieser Frist **keine** Rechtsfälle mehr vorhanden sein werden, die es erforderlich machen, das Anpassungsgesetz noch auf anhängige Fälle anzuwenden.

Es wird daher erwartet, daß die gegenständliche Novellierung nicht zum Anlaß gemacht wird, die Erledigung von anhängigen Fällen über Gebühr zu verzögern.

Wien, am 4. September 1987

DER ÖSTERREICHISCHE RECHTSANWALTSKAMMERTAG

Dr. Schuppich  
Präsident